

Côte d'Ivoire: Neuanfang mit Altlasten

Bilanz und Perspektive nach dem blutigen Machtwechsel von Gbagbo zu Ouattara

Tobias von Lossow

Die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2010 sollten Côte d'Ivoire nach jahrelangen Konflikten Versöhnung, Normalität und einen politischen Neuanfang bringen. Da sich der Wahlverlierer Laurent Gbagbo jedoch weigerte, als Präsident abzutreten, schlitterte das Land in eine schwere politische und humanitäre Krise, die in einen Bürgerkrieg mündete. Einen Monat nach Gbagbos Festnahme und dem Ende der Kampfhandlungen steht Côte d'Ivoire vor immensen Herausforderungen. Der neue Präsident Alassane Ouattara muss sich nicht nur der unmittelbaren Folgen des jüngsten Machtkonflikts annehmen, sondern auch der tief verwurzelten sozio-politischen Spannungen in der Gesellschaft, die bei den Wahlen sichtbar wurden. Andernfalls droht ein Rückfall in den Bürgerkrieg.

Nachdem die unabhängige Wahlkommission CEI (Commission Electorale Indépendante) Oppositionsführer Ouattara vom Rassemblement des Républicains (RDR) mit 54 Prozent der Stimmen zum Gewinner der Stichwahl vom 28. November 2010 ausgerufen hatte, erklärte der Verfassungsrat, der nach ivoirischem Recht das Ergebnis bestätigen muss, dieses Resultat für ungültig, annullierte die Ergebnisse in vier Wahlkreisen und kürte Amtsinhaber Laurent Gbagbo vom Front Populaire Ivoirien (FPI) zum Sieger. Daraufhin reklamierten beide Kandidaten die Präsidentschaft und legten den Amtseid ab.

Internationale Wahlbeobachter werteten die Abstimmung als insgesamt frei und gerecht. Die internationale Gemeinschaft erkannte das von der CEI verkündete Ergeb-

nis an und stellte sich, geschlossen wie selten, hinter Ouattara. Die Vereinten Nationen (VN), die USA, die Europäische Union (EU) und die Afrikanische Union (AU) riefen Gbagbo auf, das Wahlergebnis zu akzeptieren und abzutreten. Sanktionen gegen sein Regime sollten dieser Forderung Nachdruck verleihen. Die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) erwog eine militärische Intervention, um Gbagbos Rückzug zu erzwingen. Um eine diplomatische Lösung bemühten sich vor allem die AU und einige ihrer Mitgliedstaaten, so Kenias Ministerpräsident Raila Odinga oder die ehemaligen Präsidenten Olusegun Obasanjo (Nigeria) und Thabo Mbeki (Südafrika) – allerdings vergeblich.

Von der Krise in den (Bürger-) Krieg

Im Schatten der Revolutionen in der arabischen Welt spielte die Zeit zunächst für Gbagbo, der sich auf loyale Milizen und Sicherheitskräfte stützte. Zu deren Finanzierung griff er auf Einnahmen aus Kakaoexport und Ölförderung zurück, beschlagnahmte Bargeldreserven von Banken und verstaatlichte den Kakaohandel. Seinen Rivalen setzte er fest, indem er dessen provisorischen Amtssitz in der Wirtschaftsmetropole Abidjan mit Truppen belagern ließ. Ouattara wurde jedoch aus der Luft versorgt und von Soldaten der United Nations Operation in Côte d'Ivoire (UNOCI) geschützt, die das Land seit 2004 stabilisieren soll.

Nachdem die diplomatischen Bemühungen gescheitert waren und die Sanktionen der internationalen Gemeinschaft Gbagbo nicht empfindlich getroffen hatten, suchte Ouattara Ende März die militärische Entscheidung. Innerhalb weniger Tage überannten seine Kräfte das Land von Nord nach Süd. Verhandlungen mit der ivoirischen Armeeführung und Befehlshabern der Gendarmerie im Vorfeld der Offensive hatten den Widerstand in Gbagbos Lager gebrochen. Etwa 50 000 Sicherheitskräfte liefen zu Ouattara über oder desertierten. In die entscheidenden Gefechte um Abidjan griffen externe Akteure ein und trugen maßgeblich dazu bei, den blutigen Machtkampf zugunsten Ouattaras zu beenden. Als Reaktion auf Angriffe Gbagbo-treuer Kräfte gegen VN-Mitarbeiter und die Zivilbevölkerung attackierte UNOCI Stellungen von Gbagbos Kräften. Dabei wurde sie durch Einheiten der Operation »Licorne« unterstützt, die Frankreich 2002 entsandt hatte. Am 11. April wurde Gbagbo von Ouattaras Soldaten schließlich festgenommen.

Die Ursachen des Konflikts

Die Krise in Côte d'Ivoire reiht sich in die Entwicklung der letzten beiden Dekaden ein. In den neunziger Jahren flammten vor dem Hintergrund wirtschaftlichen Nieder-

gangs (Verfall der Kakaopreise auf dem Weltmarkt und die Abwertung des westafrikanischen Franc 1994) und eines Machtvakuumms (Tod von Félix Houphouët-Boigny 1993) Kämpfe um die politische Herrschaft auf. Die ivoirische Innenpolitik entwickelte nationalchauvinistische Züge. Wanderarbeiter aus Nachbarländern wie Burkina Faso oder Mali, seit den sechziger Jahren gezielt angeworben, trugen auf den Kakao-plantagen zur wirtschaftlichen Blüte bei und ließen sich, vorwiegend im Norden des Landes, dauerhaft nieder. Ebenso wie ihre Nachkommen wurden sie in dem aufgeheizten Klima zunehmend marginalisiert und Opfer institutioneller Diskriminierung. Per Gesetz wurde für einen ivoirischen Pass die ivoirische Staatsangehörigkeit beider Elternteile verlangt, »Nicht-Ivorern« das aktive und passive Wahlrecht vorenthalten. Etwa ein Drittel der damals rund 15 Millionen Einwohner wurden damit zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Ouattara durfte bei Präsidentschaftswahlen 1995 und 2000 nicht kandidieren, weil er eine burkinische Mutter hat.

Neben der gesellschaftspolitischen Spaltung kam es 2002 auch zur physischen Teilung des Landes. Eine Rebellion bewaffneter Kräfte, hauptsächlich Deserteure aus dem Norden, scheiterte mit dem Versuch, gegen Präsident Gbagbo zu putschen. Die sogenannten Forces Nouvelles (FN) kontrollierten seitdem die nördliche Hälfte des Landes, während sich Gbagbo im südlichen Teil an der Macht hielt.

Ein absehbarer Machtkampf

Eine Reihe von gescheiterten Friedensabkommen und wiederholte Gefechte prägten die anschließende Übergangsphase, die fast acht Jahre dauerte. In dieser Zeit verfestigte sich die Teilung des Landes. Dazu trug auch die UNOCI bei, indem sie die inner-ivoirische Grenzlinie überwachte und damit als gegeben hinnahm. In beiden Teilstaaten entstanden eigene wirtschaftliche, politische und militärische Strukturen. Der internationalen Gemeinschaft

gelang es nicht, die eigentlichen Herausforderungen – die Aussöhnung der Bevölkerung und den Neuaufbau gesamt-ivorischer Strukturen – zu bewältigen. Das maßgebliche, von Burkina Faso vermittelte Friedensabkommen von Ouagadougou (2007) zielte auf eine Machtteilung ab: Der Generalsekretär der FN, Guillaume Soro, wurde zum Premierminister und Chef einer gemeinsamen Übergangsregierung ernannt, Präsident Gbagbo zunächst im Amt belassen, obwohl seine Amtszeit 2005 abgelaufen war. Beide Lager profitierten von diesem Arrangement, einer Art *co-habitation*: Auf der einen Seite blieben die Machtbefugnisse von Präsident Gbagbo unberührt, der weiterhin Streitkräfte und Staatsfinanzen kontrollierte. Auf der anderen Seite wurde der FN politische Legitimität verliehen, Teilhabe an der Macht gewährt und die Möglichkeit geboten, den Norden des Landes zu kontrollieren und hinter sich zu ziehen. Während der ehemalige Rebellenführer Soro als Premierminister politische Erfahrung auf internationaler Bühne sammelte, brachte sich Ouattara für eine Präsidentschaftskandidatur in Stellung. Die ursprünglich für 2005 angesetzten Wahlen wurden auch deshalb immer wieder verschoben, weil keine Seite Interesse an einem frühen Wahltermin hatte. Denn bei einer Wahlniederlage drohte der Verlust der Machtbeteiligung.

Ausgangslage für den Neubeginn

Eine Reihe von Faktoren erschwert einen Neubeginn nach dem blutigen Machtwechsel. Rund 3000 Menschen sind während des Konflikts ums Leben gekommen, mehr als eine Million Menschen flohen, Nahrungsmittel und Wasser wurden knapp und vielerorts gab es keine medizinische Versorgung mehr. Diese *humanitäre Krise* hält weitgehend an – auch weil es an staatlichen Dienstleistungen fehlt. Bei seiner offiziellen Amtseinführung kündigte Ouattara Reformen im Gesundheits- und Bildungssektor an. Auch die *Wirtschaftskrise*

muss überwunden werden. Die ivoirische Ökonomie, bis zuletzt Motor der Wirtschaft Westafrikas, kam weitgehend zum Erliegen, Banken- und Finanzsektor brachen zusammen. Die Folge waren drastisch steigende Lebensmittel- und Ölpreise sowie eine Bargeld-Verknappung. Nach Aufhebung der Sanktionen muss die Wirtschaft schnell wieder in Gang kommen, vor allem der Kakaohandel, die wichtigste Einnahmequelle des Landes. Ebenso müssen die Banken ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, um einen Zahlungsverkehr zu ermöglichen. Eine weitere Herausforderung ist die *Sicherheitslage*, die auch nach Ende der Kampfhandlungen und der Festnahme Gbagbos angespannt bleibt. Anhänger beider Seiten stehen sich teils unversöhnlich gegenüber und es kam bereits mehrfach zu ethnisch und politisch motivierten Racheakten. Um die Situation zu verbessern, ist neben der angelaufenen Entwaffnung aller Rebellen auch eine Sicherheitssektorreform nötig, die Polizei- und Streitkräfte beider Teilstaaten zusammenführt und dabei auch ehemals Gbagbo-loyale Kräfte integriert. Der vielleicht zentrale Faktor ist die *politische Krise*. Die Spaltung des Landes entlang geographischer und ethnischer Linien hat sich vertieft, die Fronten zwischen den Lagern sind verhärtet und in Abidjan haben sich sogar ethnisch segregierte Viertel gebildet. Will Ouattara den Rückfall in einen Bürgerkrieg verhindern, muss er mit Angeboten auf Gbagbos Lager zugehen – schließlich hatte in den Wahlen knapp die Hälfte der Bevölkerung für Gbagbo votiert. Wie angekündigt sollte Ouattara Regierungsmitglieder breit aus dem gesellschaftlichen Spektrum rekrutieren, das ehemalige Unterstützer Gbagbos einschließt. Nur wenn die neue Regierung von der Bevölkerung als gesamt-ivorisch wahrgenommen wird, werden die Anhänger Gbagbos einen Neubeginn unter Ouattara mittragen. Einen Beitrag zur Aufarbeitung der ivoirischen Krise leisten Bemühungen um *Gerechtigkeit, Rechenschaft und Versöhnung*. Beiden Seiten wird vorgeworfen, während des Bürgerkriegs schwerwiegende

Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen begangen zu haben. Ouattara richtete eine Wahrheits- und Versöhnungskommission nach südafrikanischem Vorbild ein, die auch mutmaßliche Verbrechen seiner eigenen Kräfte aufklären soll. Wichtig wird auch ein »fairer« Umgang mit Gbagbo sein, dem in Côte d'Ivoire der Prozess gemacht werden soll.

Neubeginn mit Ouattara?

Dass Ouattara für einen wirklichen Neubeginn steht, ist jedoch zweifelhaft. Ouattara war bereits von 1990 bis 1993 Premierminister. Über zwei Jahrzehnte pflegten er und Gbagbo ihre Rivalität und bekämpften sich in unterschiedlichen Allianzen. Wenngleich Ouattara eine Beteiligung an der Rebellion 2002 nicht nachgewiesen werden konnte, steht diese für viele seiner Gegner außer Frage. Seine Integrität wurde während der Krise erneut in Zweifel gezogen, als seinen Truppen massive Menschenrechtsverletzungen und die Beteiligung an einem Massaker in Duékoué vorgeworfen wurden, bei dem mehr als 800 Menschen ums Leben kamen. Zudem schwächte das Eingreifen von UNOCI und der »Licorne«-Einheiten die Position des neuen Präsidenten nachhaltig. Gbagbo und seine Anhänger sahen sich dadurch in ihrer öffentlich vertretenen Ansicht bestätigt, dass Ouattara eine Marionette des Westens und insbesondere der Franzosen sei und nur mit deren Hilfe an die Macht habe kommen können. Ouattara ist also nicht unumstritten. Trotz seiner Vergangenheit wird er kraft seines Amtes die Rolle eines Vermittlers zwischen den ehemaligen Bürgerkriegsfraktionen, den Anhängern der verschiedenen politischen Lager und verfeindeten Ethnien übernehmen und sich als Präsident aller Ivorer beweisen müssen.

Fazit und Warnung

Wie 2003 steht Côte d'Ivoire erneut an einem Scheideweg. Allerdings haben die in über acht Jahren gewachsenen Resen-

nements und die Gewaltexzesse der letzten Monate die Spaltung der Gesellschaft vertieft. Trotz der schwerwiegenden Hypothek des Bürgerkriegs muss es dem neuen Präsidenten gelingen, Rahmenbedingungen für den Übergang in einen Zustand nachhaltigen Friedens zu schaffen. Wichtiger noch als die Bewältigung der unmittelbaren Kriegsfolgen ist die Bearbeitung der zugrundeliegenden strukturellen Probleme. Die Hauptaufgaben für Ouattaras Präsidentschaft liegen demnach in der Überwindung ethnischer und geographischer Rivalitäten und langfristig in der Aussöhnung der Bevölkerung sowie in der administrativen Zusammenführung der entstandenen zwei Teilstaaten.

Soll verhindert werden, dass die Präsidentschaft Ouattaras lediglich einen neuen Zyklus von Übergang und Bürgerkrieg einleitet, ist nicht zuletzt das Engagement der internationalen Gemeinschaft gefragt. Die Lage in Côte d'Ivoire wird in den nächsten Monaten prekär bleiben und die Gewährleistung der Sicherheit maßgeblich von den UNOCI- und »Licorne«-Kräften abhängen. Die internationale Gemeinschaft sollte nicht nur die Sicherheitssektorreform unterstützen, sondern auch eine aktive Rolle im Versöhnungsprozess spielen, um sicherzustellen, dass die Verbrechen beider Seiten gleichermaßen aufgearbeitet werden. Der Internationale Strafgerichtshof hat bereits Untersuchungen eingeleitet, um die Hintergründe des Massakers von Duékoué aufzuklären.

Die Ereignisse in Côte d'Ivoire haben gezeigt, dass nicht einmal erfolgreich durchgeführte Wahlen als Instrument geeignet sind, ein provisorisches Machtteilungsarrangement aufzuheben. Anstatt demokratisch legitimierter Ausgangspunkt eines Vereinigungsprozesses zu werden, hat sich die Abstimmung als Konfliktverstärker erwiesen. In dieser Hinsicht birgt Côte d'Ivoire eine Warnung für die anstehenden Wahlen in Simbabwe (2011) und Kenia (2012), wo ebenfalls Machtteilungsarrangements abgelöst werden sollen.